



Deutschland > Margrethe Vestager > Margrethe Vestager: »Soziale Netzwerke sind ein systemisches Risiko für die Demokr

EU-Gesetz gegen Internetgiganten

»Soziale Netzwerke sind ein systemisches Risiko für die Demokratie«

Ist das Internet ein besserer Ort, seitdem Trump nicht mehr twittern darf? Margrethe Vestager, Vizepräsidentin der EU-Kommission, über ihren Versuch, Facebook und Co. zu zähmen – ohne die freie Rede im Netz auszubremsen

Ein Interview von **Markus Becker** und **Michael Sauga**

07.02.2021, 09.17 Uhr



EU-Politikerin Vestager Foto: Alexandros Michailidis / Hans Lucas / imago images

Kurz vor Weihnachten hat Wettbewerbskommissarin Vestager, 52, ihr wichtigstes Vorhaben dieser Amtsperiode auf den Weg -

gebracht: den Digital Services Act (DSA), der die Macht von Facebook, Google oder Amazon begrenzen soll.

Unter anderem müssen große Plattformen künftig gegen Hetze und Fake News auf ihren Seiten vorgehen und Beschwerdestellen für Nutzer einrichten. Ähnliche Forderungen gibt es inzwischen auch in den USA.

SPIEGEL: Frau Vestager, ist das Internet ein besserer Ort, seit Donald Trump nicht mehr twittern darf?

Vestager: Nein, die Qualität des Netzes hängt nicht von ein oder zwei Personen ab, wie mächtig sie auch sein mögen. Aber es ist positiv, dass die Vorgänge in Washington eine Debatte darüber ausgelöst haben, was online erlaubt sein soll. Das kann uns helfen, die demokratische Kultur im Netz zu verbessern.

Zur Person

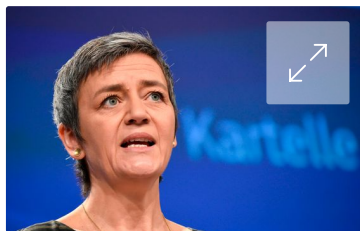


Foto: JOHN THYS/ AFP

Margrethe Vestager, geboren im April 1968, ist seit 2014 EU-Kommissarin für Wettbewerb und seit Dezember 2019 zusätzlich für Digitales sowie geschäftsführende Vizepräsidentin der Kommission. Die linksliberale Dänin hat diverse Wettbewerbsverfahren gegen globale Industrie- und Internetkonzerne geführt, mit Bußgeldern in Milliardenhöhe. Das hat ihr den Ruf der weltweit einflussreichsten Reguliererin des Internets eingebracht.

SPIEGEL: Kanzlerin Angela Merkel hält die Entscheidung, Trumps Twitteraccount zu sperren, für „problematisk“. Ein

Politik

[Abo](#)



Vestager: Wir müssen aufpassen, dass wir die Regierungen nicht zum Zensor des Netzes machen. Das ist ein zentraler

Leitgedanke unseres Digital Services Act. Wenn der Post eines Nutzers geblockt wird, hat er nach unserem Vorschlag das Recht, bei einer unabhängigen Aufsichtsinstanz dagegen vorzugehen. Zugleich müssen die Plattformen eine gewisse Verantwortung dafür übernehmen, was auf ihren Seiten los ist. Ich kann die Twitter-Entscheidung deshalb nachvollziehen. Wer in einer Zeitschrift oder einem Flugblatt zur Gewalt aufruft, muss ja ebenfalls mit Sanktionen rechnen.

»Wenn die Demokratie in Gefahr ist, weil jemand zu einem Putsch aufruft, muss gehandelt werden.«

SPIEGEL: Hierfür müsste aber der Staat den Rahmen setzen, sagt Merkel, und nicht Internetanbieter wie Twitter.

Vestager: Letztendlich muss die Justiz das letzte Wort haben, da bin ich ganz bei der Kanzlerin. Trotzdem kann ich nachvollziehen, warum sich Twitter gezwungen sah einzugreifen. Wenn die Demokratie in Gefahr ist, weil jemand zu einem Putsch aufruft, muss gehandelt werden. Dann ist es geradezu Bürgerpflicht, entsprechende Entscheidungen zu treffen.

SPIEGEL: Hätten die Onlineverabredungen zum Sturm auf das US-Kapitol verhindert werden können, wenn Ihr DSA in den Vereinigten Staaten gegolten hätte?

Vestager: Kein Digitalgesetz der Welt kann verhindern, dass Aufrührer das Parlament stürmen wollen, um das System zu stürzen. Gleichwohl sieht der DSA Regelungen vor, die den militanten Trump-Anhängern das Geschäft erschwert hätten. Wenn ihre Aufrufe und Absprachen in den sozialen Netzwerken den Verantwortlichen rechtzeitig gemeldet werden wären, hätten sie die illegalen Handlungen

unterbinden müssen.

SPIEGEL: Was also ist Ihre Lehre aus den Vorgängen in Washington?

Vestager: Was wir alle zu lernen haben, ist zunächst einmal, wie sehr unsere Demokratie im Zeitalter der sozialen Netzwerke herausgefordert ist. Wenn ein relevanter Teil der US-Bevölkerung trotz anderslautender Gerichtsurteile glaubt, dass die Präsidentschaftswahl gefälscht war, gibt es offenbar ein Problem. Auf die Dauer kann Demokratie nicht funktionieren, wenn sich einzelne Gruppen der Gesellschaft nur noch in ihren jeweiligen Echokammern bewegen und ein rationaler Austausch zwischen ihnen nicht mehr möglich ist.

SPIEGEL: Facebook und Google behaupten, es sei unmöglich, täglich Milliarden von Posts zu überprüfen. Ist das nicht nachvollziehbar?

Vestager: Nein. Wir setzen auf ein System, in dem geschulte Kontrolleure aus Behörden oder Nichtregierungsorganisationen, die sogenannten Trusted Flagger, das Netz auf unerlaubte Inhalte untersuchen und ihre Befunde den Plattformen mitteilen. Das ist besser, als den Algorithmen von Upload-Filtern zu vertrauen. Die Kritiker haben recht: Diese Filter könnten zu einer Gefahr für die Redefreiheit werden. Schließlich wollen wir die Meinungsfreiheit verteidigen und nicht beschränken.

»Offene Gesellschaften müssen sich darüber verständigen, was noch zulässige Meinungsäußerung ist und wo die gefährliche Hassrede beginnt.«

SPIEGEL: Solch ein Kontrollsystem würde viel Geld kosten.

Wer soll das bezahlen?

Vestager: Offene Gesellschaften müssen sich darüber verständigen, was noch zulässige Meinungsäußerung ist und wo die gefährliche Hassrede beginnt. Das ist ein aufwendiger Prozess, den wir nicht Automaten überlassen dürfen. Dass eine solche Verständigung einen gewissen Aufwand erfordert, versteht sich von selbst. Aber das sollte uns die Demokratie wert sein.

SPIEGEL: Der DSA sieht vor, dass die großen Plattformen selbst die Inhalte auf ihren Seiten kontrollieren sollen. Müsste diese Aufgabe nicht der Staat übernehmen?

Vestager: Soziale Netzwerke sind ein systemisches Risiko für die Demokratie. Deshalb ist es folgerichtig, dass sie auch mehr Verantwortung übernehmen müssen. Zugleich müssen ihre Entscheidungen demokratisch kontrolliert und überprüft werden. Das ist die Arbeitsteilung, die unser Vorschlag vorsieht.

SPIEGEL: Das klingt, als wollten Sie die Internetkonzerne nach dem Vorbild der Medienwirtschaft regulieren, wo Verlage, Herausgeber und Redakteure für die Inhalte verantwortlich sind.

Vestager: Nein. Die redaktionelle Verantwortung einer Zeitung oder eines Fernsehsenders ist etwas ganz anderes als die Aufgaben, die wir den Internetkonzernen zuweisen. Es

geht um eine Balance. Wir wollen die Netzgemeinde vor gefährlichen und illegalen Inhalten schützen. Aber zugleich müssen wir sicherstellen, dass sich Millionen Menschen frei und ungehindert auf den Plattformen bewegen und ausdrücken können. Das ist schließlich der große Vorteil, den uns das Internet gebracht hat.

SPIEGEL: Es gibt Mitgliedsländer wie Polen oder Ungarn, die nach Auffassung der EU rechtsstaatliche Prinzipien missachten. Wie groß ist die Gefahr, dass autoritäre Regierungen Ihr Gesetz nutzen, um unliebsame Inhalte zu

verbannen?

Vestager: Wir haben streng darauf geachtet, dass jedes Land nur für seinen eigenen Hoheitsbereich verantwortlich ist. Außerdem darf eine Regierung ihre Bürger nicht vollständig aus dem Netz verbannen oder einzelne Diensteanbieter einfach schließen. Viele meiner Kollegen in der EU-Kommission kommen aus Ländern, die noch den Kommunismus erlebt haben. Ihnen ist sehr bewusst, dass staatliches Handeln nicht immer gutes Handeln ist.

SPIEGEL: Die Regierung unter dem neuen US-Präsidenten Joe Biden will die sozialen Netzwerke ebenfalls schärfer kontrollieren. Sehen Sie Chancen, zu gemeinsamen Regeln mit Washington zu kommen?

Vestager: Ja. Mit der Datenschutz-Grundverordnung hat die EU bereits einen Standard gesetzt, der in vielen Ländern der Welt übernommen oder nachgeahmt wurde. Zugleich haben wir bei der Ausgestaltung des DSA berücksichtigt, was in Ländern wie Kanada, Australien oder Japan zu diesem Thema diskutiert wird. Deshalb sind die Unterschiede, wie das Netz weltweit reguliert wird, zuletzt eher kleiner geworden.

Mehr zum Thema

 **Twitter, Facebook und Co.: Was hilft gegen den Mob im Netz?**

 **Forscher über soziale Netzwerke: »Wir brauchen Herdenimmunität gegen Desinformation«** Ein Interview von Hilmar Schmundt

Gesetzentwürfe vorgestellt: So will die EU-Kommission die US-Techkonzerne bremsen Von Patrick Beuth

SPIEGEL: In den Vereinigten Staaten wächst die Erkenntnis,

dass die Internetkonzerne inzwischen auch wirtschaftlich zu viel Macht haben. Viele US-Politiker fordern deshalb, große Plattformbetreiber wie Facebook einfach zu zerschlagen. Könnte Europa hier von den USA lernen?

Vestager: Konzerne, die sich wettbewerbswidrig verhalten, können auch in Europa zerschlagen werden. Das sehen unsere Kartellgesetze seit Langem vor. Ich bin da allerdings sehr vorsichtig, weil niemand weiß, was die Folgen einer solch radikalen Lösung wären. Bringt die Hydra möglicherweise neue Köpfe hervor, wenn wir ihr einen abschlagen? Und wie sind die Folgen für den Wettbewerb, wenn Sie für eine solche Entscheidung jahrelange Prozesse führen müssen? Ich bin überzeugt, dass unsere Gesetzesvorschläge da wesentlich schneller und besser wirken.

SPIEGEL: Die Internetkonzerne wehren sich schon jetzt heftig gegen Ihre Vorschläge. Fürchten Sie, dass Ihr Gesetz bei den Beratungen mit dem EU-Parlament und den Mitgliedstaaten verwässert wird?

Vestager: Wir haben schon im Vorfeld zahlreiche Gespräche mit der Internetwirtschaft, den Mitgliedstaaten und den Abgeordneten des EU-Parlaments geführt. Wir haben Expertenräte angehört und Konferenzen organisiert. Die Regierungen aus Portugal, der Slowakei und Frankreich, die den EU-Rat in den nächsten anderthalb Jahren führen, haben das Vorhaben zur Priorität erklärt. Und das EU-Parlament, das den Verbraucherinteressen traditionell ein besonderes Gewicht beimisst, wird das Gesetz mit Sicherheit nicht verwässern – eher im Gegenteil. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass wir das Vorhaben in absehbarer Zeit umsetzen können.

SPIEGEL: Wie lange wird es dauern?

Vestager: Das ist schwer vorherzusagen. Die französische Regierung wird Anfang 2022 die Ratspräsidentschaft in der EU übernehmen. Sie hat zu erkennen gegeben, dass sie das Projekt in ihrer Amtszeit zum Abschluss bringen will. Das wäre dann im Sommer desselben Jahres. Wenn das gelänge,

wäre es ein großer Erfolg.

SPIEGEL: Wie groß wird der Widerstand einzelner Mitgliedstaaten gegenüber Ihrem Vorhaben ausfallen?

Vestager: Ich sehe im Gegenteil große Zustimmung und das Bemühen in vielen Ländern, unsere Vorschläge durch eigene nationale Regelungen zu ergänzen. Deutschland, Frankreich und eine Reihe anderer Länder haben bereits entsprechende Digitalgesetze auf den Weg gebracht, und überall in der EU spüre ich den Drang, das Vorhaben mit großem Tempo voranzubringen. **S**

Diskutieren Sie mit

[Feedback](#)

ANZEIGE

ANZEIGE

ANZEIGE



00:24

aktuelles-zur-

Prostata:
Deutscher Experte
verrät einfachen

ZATTOO

5 Gründe jetzt zu
TV-Streaming zu
wechseln

SEAT

SEAT Arona. Bereit
für das nächste
Abenteuer.

**Aktuell in diesem
Ressort**

Nach

**Trump verlässt
Screen Actors
Guild –**

Der frühere US-
Präsident Donald
Trump kehrt der

amerikanischen
Schauspielgewerkschaft
den Rücken, nachdem
sie

Eindringling in Regierungsflieger

**US-Luftwaffe
prüft Sicherheit
ihrer
Stützpunkte
weltweit**

Strengste
Sicherheitsmaßnal
sollen an dem
Stützpunkt
herrschen, von
dem auch US-
Präsident Biden

Hintergründe des doppelten

**Die Affäre
Yves Rocher**

Alexej
Nawalny muss
länger in Haft.
Ein Grund:
eine alte
Anklage des
Kosmetikkonzerns

Landschaftsarch über Probleme von Megacities

**»Für viele
Menschen ist
das Leben in
Bangkok
unerträglich
geworden«**

Mehr lesen über

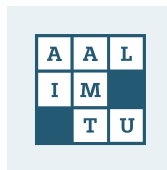
Margrethe Vestager

EU-Kommission

Social Media

Spiele

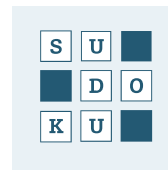
[mehr Spiele](#)



Kreuzworträtsel



Solitaire



Sudoku



M

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

ANZEIGE



[Top Gutscheine](#) [Alle Shops](#)

Auto

Job

Finanzen

Freizeit

Alle Magazine des SPIEGEL



DER SPIEGEL



Dein SPIEGEL



SPIEGEL GESCHICHTE

SPIEGEL Gruppe

[Abo](#) [Shop](#) [manager magazin](#) [Harvard Business manager](#) [buchreport](#)

[Werbung](#) [Jobs](#) [MANUFAKTUR](#) [SPIEGEL Akademie](#) [SPIEGEL Ed](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Nutzungsbedingungen](#) [Cookies & Tracking](#)

[Kontakt](#) [Hilfe](#)



Facebook



Twitter



Wo Sie uns noch folgen können